

Spieß-Hegglin erhält Preis

Stiftung Im Andenken an die engagierte Frauenrechtlerin und langjährige Präsidentin Ida Somazzi hat die Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» 1964 die Somazzi-Stiftung gegründet. Die Stiftung zeichnet laut Website Frauen oder Frauenorganisationen aus, die sich vergleichbar mit Ida Somazzi für die Gleichstellung der Frauen, für Bildung und Erziehung, für Friede und Freiheit, für Menschenrechte und Menschenwürde einsetzen.

Jolanda Spiess-Hegglin hat sich zur Aufgabe gemacht, gegen Angriffe und Diffamierungen im Internet vorzugehen – wenn nötig auch juristisch. Mit ihrem Verein #NetzCourage bietet sie laut Medienmitteilung Betroffenen von Internethass kostenlose Unterstützung und Beratung und leistet wertvolle Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Mit dem Somazzi-Preis von 10000 Franken ehrt die Somazzi-Stiftung nun die Pionierarbeit von Spiess-Hegglin. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Delegiertenversammlung von alliance F am Freitag, 19. März, statt. Die Laudatio hält Nationalrätin Tamara Funicello (SP/BE). (haz)

Vermisst: Piotr Wozniakowski

Baar Seit dem vergangenen Montag, 8. März, gegen 10 Uhr



wird in der Gemeinde Baar der 39-jährige Piotr Wozniakowski (Bild) vermisst, wie die Zuger Strafverfolgungsbehörden melden. Der etwa 180 Zentimeter grosse Vermisste von mittlerer Statur und kurzen dunklen Haaren unternimmt gerne Berg- und Skitouren. Es besteht daher die Möglichkeit, dass er sich in den Bergen aufhält. Hinweise nehmen die Zuger Polizei unter der Telefonnummer 041 728 43 69 oder jede andere Polizeidienststelle entgegen. (haz)

Tempo-30-Regime tritt in Kraft

Kolinplatz Die Baudirektion des Kantons Zug bringt gemäss Medienmitteilung bis heute Abend rund um den Kolinplatz in Zug Tempo-30-Schilder an. Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zug hat im Dezember 2018 eine Tempo-30-Signalisation verfügt. Die dagegen eingegangenen Beschwerden sind im November 2020 vom Verwaltungsgericht des Kantons Zug abgewiesen und nicht ans Bundesgericht weitergezogen worden.

Die Anordnung betrifft die Abschnitte der Kantonsstrasse 25, auf der Grabenstrasse, zwischen der Verzweigung Zugerbergstrasse und dem Kolinplatz und auf der Neugasse zwischen dem Kolinplatz und dem Postplatz; sowie auf der Kantonsstrasse 381, der Ägerstrasse, zwischen dem Kolinplatz und der Verzweigung Dorfstrasse. (haz)

Baar braucht mehr Schulraum

Ein Grundstückskauf in Inwil ist eines von vier Geschäften an der bevorstehenden Gemeindeversammlung.

Vanessa Varisco

Die Liste der Traktanden ist überschaubar: An der Gemeindeversammlung vom 16. März werden die anwesenden Stimmberechtigten über vier Geschäfte befinden. Darunter ist auch der Kauf eines Grundstücks in Inwil an der unteren Rainstrasse, welches derzeit der katholischen Kirchgemeinde gehört. Kosten soll das rund 4400 Quadratmeter grosse Grundstück 3,3 Millionen Franken. Künftig soll dieses Land für die Erweiterung des Schulraums genutzt werden.

Denn jener wird knapp. Während die 18 Klassenzimmer und 4 Kindergärten das aktuelle Schülerwachstum noch abdecken können, so wird es mittel- bis langfristig eng, wie in der Vorlage zur Versammlung ersichtlich wird. Ab 2025 soll deshalb ein weiterer Klassenzug für die Primarstufe bereitgestellt werden. Wie ein Planungsbericht zum Schulraum aus dem Jahre 2017 aufgezeigt habe, könne dieser Platz nicht auf dem bestehenden Areal realisiert werden. Deshalb der Ankauf des Grundstücks.

Frühzeitige Abklärungen gefordert

Dort sollen, so der Kauf von der Gemeindeversammlung genehmigt wird, schrittweise zwei bis vier Kindergärten erstellt werden. Des Weiteren wird der Platz gemäss Vorlage für zwei bis vier zusätzliche Klassenzüge der Primarstufe genutzt. Durch diese Entwicklungen könne im Baarer Weiler genügend Schulraum bis 2040 angeboten werden. Seine Haltung zum Kauf fasst das Baarer Exekutivgremium so zusammen: «Der Gemeinderat ist erfreut, dass sich die Gelegenheit bietet, das Grundstück von der katholischen Kirchgemeinde Baar zu erwerben. Der Kauf lässt verschiedene Optionen für die Schulraumplanung offen.»

Auch Rechnungsprüfungs- und Geschäftskommission unterstützen das Geschäft, fügen aber die Bitte an den Gemeinderat an, eine mögliche



Geht es nach der Baarer SVP, soll bei der Planung des Schulraums die Entwicklung der Scheibenhäuser in Inwil berücksichtigt werden. Allenfalls könnte in deren Umgebung ein dritter Kindergarten entstehen.

Bild: Maria Schmid (Baar, 6. Oktober 2020)

Die Traktanden

An der Gemeindeversammlung vom Dienstag, 16. März, (19.30 Uhr, Waldmannhalle) stehen folgende vier Traktanden an: Genehmigung Protokoll; Kauf des Grundstücks in Inwil; Genehmigung Baukredit Lättich; Interpellation Notfallbetreuung in der Altersbetreuung. (vv)

zeitliche Planung und Realisierung des Baus von zusätzlichem Schulraum vorzunehmen und an der Gemeindeversammlung aufzuzeigen, wie jene von der aktuellen Schulraumplanung abhängig ist. Seitens der Ortsparteien hat der Gemeinderat ebenfalls kein Gegenwind zu

befürchten. Die FDP befürwortet den Kauf einstimmig, schreibt sie in einer Mitteilung. «Es handelt sich um einen strategisch guten Entscheid, da insbesondere Inwil in naher Zukunft voraussichtlich stark wachsen wird», heisst es weiter. Bereits anlässlich der Beantwortung der FDP-Interpellation zur Schulraumplanung im letzten Sommer habe die FDP zu bedenken gegeben, dass die Zeit dränge für eine zeitgerechte Planung und Umsetzung des Ausbaus in Inwil.

«Der Bedarf an Schulraum muss rechtzeitig abgeklärt werden, um entsprechende Engpässe, wie sie die Gemeinde Baar aktuell erlebt, zu verhindern», betont Parteipräsident Michael Arnold. Man sei gespannt auf die Erläuterungen

des Gemeinderats zur zeitlichen Planung und Umsetzung des Baus von zusätzlichem Schulraum in Inwil.

Der Quadratmeterpreis wird kritisiert

Eine frühe Planung braucht es, findet die ortsansässige SVP. Man befürworte den Kauf, so Präsident Adrian Rogger, appelliere aber an den Gemeinderat, aus der Vergangenheit zu lernen. In die Planung des Schulraums Inwil seien deshalb auch die beiden Kindergärten auf dem Areal der Scheibenhäuser, welche in Zukunft abgerissen und neu erstellt werden, einzubeziehen. Insbesondere soll geprüft werden, ob der Ersatz der bestehenden Kindergärten sowie ein allfälliger dritter Kindergarten nicht durch

die Eigentümerschaft der Scheibenhäuser erstellt und in angemessen entgoltenen Form der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden könnten. «So käme bei der Erstellung das heimische Gewerbe zum Zug», schreibt Rogger.

Von der ALG bekommt das Projekt ebenfalls Unterstützung, der Kaufpreis erachtet die Partei allerdings als kritisch. Präsident André Guntern: «Aus Sicht der ALG Baar ist der Kaufpreis von 743 Franken pro Quadratmeter für eine Parzelle in der Zone des öffentlichen Interesses allerdings sehr hoch. Damit wird mit Blick auf weitere Landkäufe durch die Gemeinde ein problematisches Signal ausgesendet.» CVP und SP stehen hinter dem Kauf, die GLP war nicht erreichbar.

FDP greift linkes Anliegen auf

Die Fraktion verlangt mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Zug. Ein Anliegen, das sie einst bekämpfte.

«Der FDP ist es ein grosses Anliegen, dass jede Person, die in der Stadt Zug ein Zuhause gefunden hat, nicht wegen zu hohen Mietpreisen wegziehen muss.» Mit diesem Satz leitet die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug ihre Motion «Taten statt Worte – liberale Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum» ein. Die Fraktion widmet sich damit einem tatsächlichen Problem in der Stadt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Verlangt wird vom Stadtrat, dass er «Rahmenbedingungen und Anreize unterstützt oder

schaft, damit durch private Anbieter, Genossenschaften, Korporationen, Stiftungen etc. mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und somit der Anteil an preisgünstigen Wohnungen von ca. 14 Prozent kurz- bis mittelfristig erhalten werden kann und langfristig auf 20 Prozent erhöht wird.»

In der Stadt Zug liegen laut Motionstext rund 14 Prozent der Wohnungen in der Stadt im preisgünstigen Segment. 1358 (9,2 Prozent) preisgünstige Wohnungen in der Stadt werden von der Stadt Zug selber, der Korporation, der Bürgergemein-

de, Wohnbaugenossenschaften oder der Pensionskasse der Stadt angeboten. Weitere 730 Wohnungen (4,8 Prozent) sind durch kantonale Beiträge aufgrund des kantonalen Wohnbauförderungsgesetzes günstig. Als herausfordernd bezeichnet der Stadtrat das Halten des Anteils an preisgünstigem Wohnraum bei 14 Prozent.

Wohnraum-Initiative erlitt 2017 Schiffbruch

Schon verschiedentlich hat sich die Zuger Bevölkerung mit dem Thema befasst. So unter anderem auch – auf kantonaler Ebene

– vor gut vier Jahren. Im Oktober 2015 reichten die linken Jungparteien Junge Alternative und die Jusos die Volksinitiative für mehr bezahlbaren Wohnraum ein. Die Initiative scheiterte am 21. Mai 2017 an der Urne. Gegner die Initiative war damals unter anderen die FDP. Grund genug für die Junge Alternative Zug, in einer Medienmitteilung auf den Vorstoss der FDP-Fraktion im GGR zu reagieren.

So macht sie in der Mitteilung darauf aufmerksam, dass der Vorschlag der FDP in etwa dem entspricht, was damals die Initiative für die gemeindliche Ebene

gefordert hatte. «Die Junge Alternative Zug freut es natürlich ausserordentlich, dass die FDP Stadt Zug vier Jahre nach Ablehnung der Initiative ihre eigenen Fehler eingestehen kann und das Anliegen der linken Zuger Jungparteien endlich unterstützt.» Und die Jungpartei bietet gleich weitere Unterstützung an: «Gerne sind wir bei künftigen Vorstössen auch von Anfang an für eine Zusammenarbeit bereit. Dies würde auch dem Anliegen eines «schlanken und effizienten Staates» dienen.»

Harry Ziegler